

## P R E S S E E C H O

Datum: Montag, 6. Juni 2011  
Internetforum: [www.waterboelles.de](http://www.waterboelles.de)  
Platzierung:  
Thema: Stellungnahme der MIT Remscheid zum geplanten  
Umbau / Rückbau der Freiheitstraße

\*\*\*\*\*

### **Das kommunalpolitische Internetforum [www.waterboelles.de](http://www.waterboelles.de) veröffentlichte die Pressemitteilung der MIT wie folgt:**

Remscheid ist, und das muss uns mit Stolz erfüllen, der letzte Industriestandort in Nordrhein-Westfalen. Diese Tatsache, dargestellt auch im Gutachten von Prof. Koubek, ist zugleich eine große Chance für die Zukunft unserer Stadt. Eine optimale Verkehrsinfrastruktur ist mit ein entscheidender Faktor für wirtschaftlichen Erfolg ortsansässiger Betriebe der Wirtschaft, des Mittelstandes und des Handwerks, somit ein wichtiger Baustein für Wachstum und sichere Arbeits- und Ausbildungsplätze. Aus Sicht der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Remscheid (MIT) ist die gesamte Verkehrsinfrastruktur in Remscheid ohnehin nicht optimal.

Den derzeitigen Planungen von Politik und Verwaltung, eine der Hauptverkehrsadern Remscheids, die Freiheitstraße, zurückzubauen und in Zukunft einspurig in beide Richtungen zu gestalten, erteilt die MIT Remscheid eine deutliche Absage. „Die heimische Wirtschaft erwartet eine kommunale Verkehrspolitik, die die Betriebe fördert und unterstützt. Die jetzigen Planungen schrecken ortsansässige Unternehmen ab, und die unsägliche Diskussion wird dazu führen, dass noch weniger Neuansiedlungen zu registrieren sind“, sagt Henner Blecher, Unternehmer und Vorsitzender der MIT Remscheid.

Die Mittelstandsvereinigung fordert Politik und Verwaltung auf, den Verkehrsfluss auf der Freiheitstraße zu optimieren. Warum wird es eine „Grüne Welle“ erst dann geben, wenn die Freiheitstraße einspurig ist? Aus Sicht der MIT Remscheid werden hier Steuergelder in Millionenhöhe (Fördermittel sind Steuergelder) vergeudet. Auch sollten sich Politik und Verwaltung mit Drohungen einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 auf der Freiheitstraße zurückhalten. Drohungen statt intelligenter Konzepte sind ein Armutszeugnis für Politik und Verwaltung. Aus einer Industriestadt, die dringend auf Arbeits- und Ausbildungsplätze angewiesen ist, darf man keinen Kurort machen. Selbstverständlich hat jeder das Recht, angemessen zu wohnen. Dafür muss man aber nicht Teile einer wichtigen Verkehrsinfrastruktur zerstören.